



**Broemme
meint**

Der Haushalt

(BS) Die Zwänge, einen auskömmlichen Bundeshalt aufzustellen, sind größer als vor zwei oder drei Jahren – das haben die zähen Haushaltsverhandlungen deutlich vor Augen geführt. Ich meine, dass wir eigentlich genug Geld haben. Dieses wird jedoch nicht immer an der richtigen Stelle ausgegeben. Wir müssen in Deutschland, meiner Meinung nach, mehr in Bildung und in die Resilienz investieren. Wenn diese beiden Bereiche nicht auskömmliche finanziert sind, sägen wir den Ast ab, auf dem wir sitzen. Dann nehmen wir, bezogen auf die Resilienz, immer öfter größere Schäden in Kauf, die dann zwangsläufig bezahlt werden müssen. Dann gibt es nicht nur materielle Schäden, sondern auch Personenschäden oder gar Tote., wie wir es 2021 an der Ahr und Erft gesehen haben.

Die sogenannten Haushaltszwänge führen zu schwierigen Debatten. Es ist jedem sicher bekannt, dass die richtigen Schwerpunkte zu setzen, die hohe Kunst der Politik ist. Doch ist der eine oder andere Zweifel momentan angebracht

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

Deutsch-polnische Zusammenarbeit gestärkt

(BS) Die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Feuerwehrwesen wurde gestärkt. Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) hat seine Vereinbarung über die Kooperation mit dem Verband der Freiwilligen Feuerwehren der Republik Polen, dem Pendant zum DFV in Deutschland, erneuert. Dazu unterzeichneten DFV-Präsident Karl-Heinz Banse und der polnische Feuerwehrverbandspräsident Waldemar Pawlak das aktualisierte Dokument in Warschau.

Mit der Vereinbarung wollten die beiden Verbände die Zusammenarbeit bei der internationalen politischen Arbeit, bei Umweltschutz und Klimawandel, bei der Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehr sowie der Kindergruppen und Jugendfeuerwehren, bei der technischen Weiterentwicklung sowie im kulturellen Austausch stärken. Grundlage sind der deutsch-polnische Staatsvertrag, das bilaterale Abkommen über die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen sowie die Vereinbarung zwischen den Verbänden aus dem Jahr 1999.

„Polen ist ein wichtiger Partner für die deutschen Feuerwehren – nicht zuletzt bei der Schaffung einer gemeinsamen Vertretung der Feuerwehren der europäischen Länder bei der Europäischen Uni-



Die Präsidenten Karl-Heinz Banse (links) und Waldemar Pawlak bestärken die Zusammenarbeit.

Foto: BS/DFV

on“, erklärte DFV-Präsident Banse. Schon im April beschlossen die Vertreter von 18 europäischen Feuerwehrverbänden, eine gemeinsame Vertretung der europäischen Feuerwehren in Brüssel unter dem Dach des Weltfeuerwehrverbandes CTIF zu realisieren. Im Herbst soll bei einem gemeinsamen Treffen der Verbände in der belgischen Hauptstadt die Schaffung eines fest besetzten Büros im Herzen der EU konkretisiert werden. Übergeordnetes Ziel des Büros sei es, die Feuerwehren als Bestandteil der Sicherheitsarchitektur im nationalen und europaweiten Kontext in der Europäischen Union adäquat zu vertreten.



25. & 26. September 2024

Schlosshotel Monrepos, Ludwigsburg

Informationen und Anmeldung unter

www.kommunale-verkehrssicherheit.de | www.kommunale-ordnung.de

Veranstaltungen des
Behörden Spiegel

Reform: „Kommunen einbeziehen“



Wie soll der Rettungsdienst reformiert werden? Die Landkreistage wollen auf jeden Fall mitreden.

Foto: BS/Biskup-Klawon

(BS) Nach der Kritik des Deutschen Landkreistages (DLT) und des Niedersächsischen Landkreistages (wir berichteten) kommt nun auch Ablehnung aus NRW an den Vorschlägen des Bundes zur Reform des Rettungsdienstes. Dass die Bundesregierung auf ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren mit Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände verzichten möchte, sei nicht akzeptabel, heißt es vom Landkreistag Nordrhein-Westfalen (LKT NRW).

„Der Rettungsdienst wird von den Kommunen getragen. Länder und Kommunen müssen daher bei einer Reform des Rettungsdienstes zwingend eingebunden werden. Dass sich der Bundesgesundheitsminister nun nicht im Rahmen eines ‚normalen‘ Gesetzgebungsverfahrens mit unserer berechtigten Kritik auseinandersetzen will, ist nicht akzeptabel“, kritisiert Präsident des Landkreistags NRW und Landrat des Kreises Warendorf, Dr. Olaf Gericke (CDU). Der Rettungsdienst sei elementarer Bestandteil der kommunal getragenen Gefahrenab-

wehr. Dass die NRW-Kreise Einwände zu den geplanten Vorschlägen zur Reform des Rettungsdienstes hätten, sei in Berlin durchaus bekannt. Neben der Kritik an der mangelnden Einbeziehung der Kommunen bereitet den Kreisen die geplante Änderung bei der Finanzierung der Notfallversorgung und die angestrebte Einbeziehung in das Fünfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) Sorge, welches fast alle Bestimmungen zur gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland zusammenfasst. „Notfallversorgung und Rettungsdienst gehören zu den Aufgaben der Gefahrenabwehr. Da es um den Schutz von Leben und Gesundheit geht, können wir uns nicht wie eine Einrichtung der deutschen Sozialversicherung nach Kriterien der Beitragsstabilität und Wirtschaftlichkeit richten“, so Gericke.

Aus Sicht des Landrates liegen die Gründe für die Kostensteigerungen im Rettungsdienst beim geänderten Verhalten der Bevölkerung, dem demografischen Wandel und der abnehmenden Selbsthilfefähigkeit.

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

8. Juli:

- Gewerkschaften kritisieren Nationale Sicherheitsstrategie

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“](#)

9. Juli:

- Die NATO vor dem Gipfel

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

10. Juli:

- Scholz: Mehr Digitalisierung und KI-Einsatz im BAMF
- Beirat des Digital Service Coordinators (DSC) steht fest

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Politik nicht nur für Boomer

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“](#)

9. Juli:

- Zwischen E-Akte und KI

[Podcast „Public Sector Insider Stichwort“ vom 10. Juli:](#)

- Helge Schroda von Microsoft zu KI

FUTURE  PUBLIC

Der Newsletter mit Zukunft.

 SUBSCRIBE

Der einfache Führerschein reicht nicht

(BS/ Prof. Dr. jur. Dieter Müller) Einsatzfahrten sind für die Einsatzfahrer nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein „notwendiges Mittel zum Zweck“, um den eigentlichen Einsatzauftrag zu erfüllen. Sie bilden jedoch für alle anderen davon betroffenen Verkehrsteilnehmer als Begegnung mit einem Blaulichtfahrzeug noch immer Ausnahmesituationen im Straßenverkehr, auf die sie in ihrer Fahrschulzeit in der Regel nur sehr unzureichend vorbereitet worden sind.

Trotz ihrer alltäglichen Durchführung – insbesondere von Rettungsdiensten, Feuerwehr und Polizei – bergen Einsatzfahrten besondere, über das Normalmaß hinausgehende Unfallrisiken, denen man als Einsatzorganisation mit einem gut durchdachten Aus- und Fortbildungskonzept begegnen muss. Das oberste Ziel aller Einsatzfahrten ist immer das sichere Ankommen am Einsatzort, wo der eigentliche Einsatzauftrag zu erfüllen ist. Sicher am Einsatzort anzukommen ist alles!

Nach allen allgemeinen Unfallstatistiken der vergangenen Jahre zeichnet der Fehlerfaktor Mensch regelmäßig für die Verursachung von mehr als 90 Prozent aller Verkehrsunfälle statistisch verantwortlich.

An erster Stelle der möglichen Fehlerquellen sind die persönlichen Voraussetzungen des Einsatzfahrers einerseits als Kompetenz und andererseits als Risikofaktor zu hinterfragen. Beide Faktoren bringt jeder individuelle Fahrer in seinen dienstlichen Alltag mit ein.

Eine erste Voraussetzung ist die auf der Grundlage der Fahreignung durch theoretische und praktische Fahrausbildung erworbene allgemeine Fahrerlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen und ggf. speziell derjenigen für Einsatzfahrzeuge.

Zusatzkenntnisse von Nöten

Einsatzorganisationen haben es in der Hand, im Rahmen ihrer Organisation für ein sicheres Fahrklima zu sorgen. Es ist nicht zuletzt eine Frage der Einstellung des Führungspersonals zur Thematik der Sicherheit bei Einsatzfahrten, die als Grundlage für eine organisationsinterne Berücksichtigung sämtlicher Sicherheitsfaktoren sowie einer



Prof. Dr. jur. Dieter Müller lehrt Verkehrsrecht an der Hochschule der Sächsischen Polizei und ist Vorsitzender des juristischen Beirats des Deutschen Verkehrssicherheitsrats.

Foto: BS/Robert Michalk

Sensibilisierung des Einsatzpersonals dienen kann. Wer an der Aus- und Fortbildung der Einsatzfahrer spart, bereitet den Boden für künftige Verkehrsunfälle bei Einsatzfahrten und ist dafür – auch juristisch – mitverantwortlich.

Die zum Führen eines Einsatzfahrzeugs formal nach den Regelungen des Fahrerlaubnisrechts notwendige Fahrerlaubnis berechtigt zwar zum legalen Führen eines Einsatzfahrzeugs – auch unter Einsatzbedingungen –, jedoch vermittelt die allgemeine Fahrausbildung in einer „normalen“ Fahrschule keinerlei Kenntnisse und Fähigkeiten zum praktischen Führen eines Einsatzfahrzeugs unter dem gesteigerten Stress der Einsatzbedingungen. Dieser Fakt wäre weniger problematisch, wenn wenigstens die fachspezifische Ausbildung des jeweiligen Berufs der Einsatzfahrer dieses notwendige Wissen im Anschluss oder in Ergänzung der Fahrschulausbildung vermitteln würde. Aber viele Lehrpläne berücksichtigen diesen Aspekt zumeist nur ungenügend. Lediglich ein theoretischer Überblick über die Rechtsvorschriften der Paragraphen 35 und 38 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) wird

regelmäßig im Rahmen der Ausbildung vermittelt. Daneben erfolgt, jedenfalls in gründlich arbeitenden Dienststellen, zumindest eine praktische Einweisung in die Technik der jeweils zu führenden Einsatzfahrzeuge.

Keine Einsatzfahrer

Versteht man allerdings unter einer Ausbildung zum Einsatzfahrer ein zielgerichtetes Erlernen der erforderlichen theoretischen Kenntnisse und praktischen Fähigkeiten, das auf der Grundlage eines systematisch entwickelten Ausbildungsplanes über einen vordefinierten Zeitraum erfolgt und mit einer Lernzielkontrolle abschließt, findet – gemessen an diesen allgemeinen Maßstäben – in den meisten Einsatzorganisationen, insbesondere im Rettungsdienst und in der Freiwilligen Feuerwehr, derzeit keine Ausbildung zum Einsatzfahrer statt. Anders ausgedrückt: Nach den genannten Kriterien gibt es in Deutschland aktuell kaum ausgebildete Fahrer für Einsatzfahrzeuge.

Diesem grundlegenden Mangel und Sicherheitsrisiko muss mit einem doppelten Konzept für Aus- und Fortbildung begegnet werden. Persönlich verantwortlich dafür ist das Leitungspersonal der Träger der Einsatzorganisationen.

Nur ein zweistufiges System, das aus einer soliden Grundausbildung besteht, auf die in regelmäßigen Abständen spezifische Fortbildungsangebote aufsatteln, kann als nachhaltig wirkend bezeichnet werden.

Folgender Ausbildungsplan für eine Grundausbildung sowie für eine Fortbildung, der von dem Verfasser dieser Publikation gemeinsam mit der Verkehrsakademie Sachsen erarbeitet und in einem Pilotprojekt getestet wurde, erwies sich als zielführend. Beteiligt waren Einsatzfahrer aus Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst.

Es wäre nicht nur arbeitsorganisatorisch kontraproduktiv, sondern auch schädlich für die Organisation, wenn von den Fahrern seitens der Arbeitgeber und Träger einerseits eine stets unfallfreie Fahrweise erwartet würde und andererseits die dafür notwendigen Aus- und Fortbildungsressourcen nicht zur Verfügung gestellt würden.

BSKI und EIN Quantum NRW starten Kooperation

(BS) Kritische Infrastrukturen (KRITIS) wie Krankenhäuser, Energie- und Wasserversorgung sowie Kommunikationssysteme sind essenziell für Gesellschaft und Wirtschaft und auf sichere Daten angewiesen. Sie sind jedoch anfällig für Cyber-Angriffe und müssen geschützt werden. Künftige Quantencomputer könnten die Sicherheit derzeitiger kryptographischer Algorithmen gefährden.

Wissenschaftler, Unternehmen, Politik, Verwaltung sowie Verbände und Initiativen arbeiten bereits an Lösungen für diese

Herausforderung. Die Post-Quanten-Kryptografie spielt dabei eine entscheidende Rolle, da sie Verschlüsselungssysteme untersucht, die auch Quantencomputern standhalten können.

Bewusstsein schärfen und Entwicklung beschleunigen

Vor diesem Hintergrund haben der Bundesverband für den Schutz Kritischer Infrastrukturen (BSKI) e.V. und die Geschäftsstelle von EIN Quantum NRW eine umfassende Kooperation gestartet. Diese Zusammenar-

beit zielt darauf ab, das Bewusstsein für die Problematik zu schärfen und die Entwicklung von Lösungen zu beschleunigen.

Dr. Daniel Stadler, Geschäftsführer der Geschäftsstelle von EIN Quantum NRW, begrüßt die Partnerschaft und betont die pragmatische Zusammenarbeit der beiden Partner. Jani Nakos, Vorstandsmitglied des BSKI e.V., ergänzt, dass der BSKI als wichtiger deutscher Verband im KRITIS-Bereich einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Cyber-Kriminalität legt und sich über die Kooperation mit EIN Quantum NRW freut.

Berlin: Angriff auf Rettungsdienst

(BS) Immer wieder kommt es zu Angriffen auf Einsatzkräfte von Rettungsdienst und Feuerwehr. So geschehen in Berlin. Dort wurde eine Kraft des Berliner Roten Kreuzes während eines Einsatzes attackiert. Die Einsatzkraft wurde dabei schwer verletzt.

Der Vorfall ereignete sich während eines Einsatzes, bei dem die Rettungskräfte eine hilflose Person medizinisch behandelten. Sie wurden hierbei aus einer Personengruppe zuerst verbal attackiert. Anschließend kam es – ausgehend von dieser Gruppe – zu körperlichen Übergriffen, bei dem eine Einsatzkraft des Berliner Roten Kreuzes so schwer verletzt wurde, dass sie anschließend selbst behandelt und in eine Klinik gebracht werden musste. Bei der Berliner Polizei wurde eine Strafanzeige gestellt.

„Der tätliche Angriff auf unseren Mitarbeiter macht mich tief betroffen und fassungslos. Ich wünsche unserem verletzten Kollegen eine schnelle Besserung. Wer Rettungskräfte angreift, gefährdet Menschenleben und überschreitet damit eine absolut inakzeptable Grenze“, sagte die Vorstandsvorsitzende des Berliner DRK-Landesverbandes Gudrun Sturm.

Der Berliner Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen ergänzte: „Ich verurteile aufs Schärfste, dass es in Berlin erneut zu einem Angriff auf Rettungskräfte gekommen ist. Es erschüttert mich dabei zutiefst, dass ein Rettungsdienstmitarbeiter so schwer verletzt wurde, dass er in einer Klinik behandelt werden musste. Derartige Angriffe sind inakzeptabel. Ich wünsche dem ver-



Berlin wurde wieder Schauplatz eines Angriffs bei einem Einsatz.

Foto: BS/Martin Jäger, pixelio.de

letzten Kollegen des DRK alles Gute und eine schnelle und vollständige Genesung.“

25.–26. September 2024

Ludwigsburg

SYMPOSIUM



FOKUS KOMMUNE

Zeitenwende für die Mobilität in Stadt und Land?

Weitere Information unter www.fokus-kommune.de




Foto: adobe/firefly

BMI-Haushalt nachgebessert

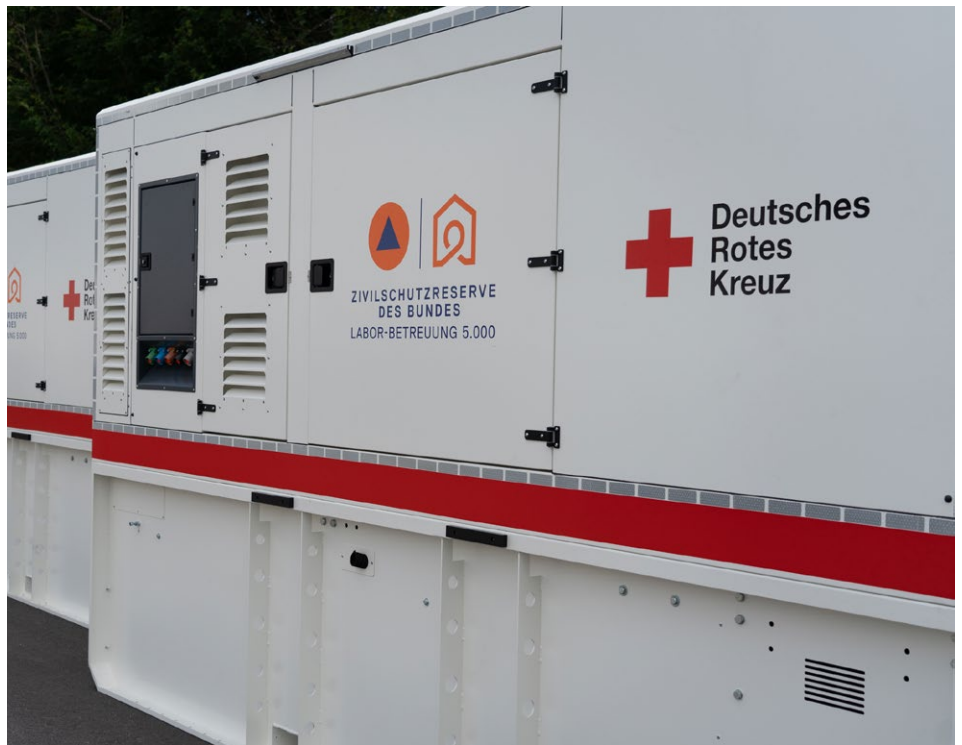
(BS) Während Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) seinem Ärger über nur 1,2 Milliarden Euro mehr im Haushalt für 2025 im eisigen Alaska Luft machte – damit lassen sich nicht mal die inflationär und durch Tarifrunden gestiegenen Mehrkosten im Einzelplan 14 decken – schweigt man im Bundesinnenministerium (BMI) über immerhin fast eine Milliarde mehr für 2025. Der Genießer schweigt? Keinesfalls, denn schon während der Verhandlungen um den Nachschlag herrschte Kommunikationssperre für das gesamte Ressort, um die Verhandlungen nicht zu gefährden, doch es geht noch um viel mehr, denn nur zwölf Stunden nach der Erklärung der Koalitionsspitzen ging der Streit auf offener Bühne weiter.

Zuerst geht das Mehr durch das Kabinett, doch nach der Sommerpause kommt der Haushalt 2025 in den Bundestag. Da befürchten manche, dass die Fachpolitiker, die den Ministerien für Umwelt, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Familie nahestehen, nochmal Verschiebungen fordern könnten. „Also in trockenen Tüchern ist da noch gar nichts“, sagt eine Spitzenbeamtin.

Das Geld wird nicht reichen

Doch ähnlich wie bei der Bundeswehr wird die knappe Milliarde (für Bundespolizei 312 Millionen, für die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) 205 Millionen, für das Bundeskriminalamt (BKA) 127 Millionen, für das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) 33 Millionen, für das Technische Hilfswerk (THW) und für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zusammen mehr als 100 Millionen) kaum reichen, um die laufenden Betriebskosten und vertraglich vereinbarten Leistungen zu decken. Immerhin wird verhindert, dass Bundespolizei und andere in wenigen Wochen hätten „Zahlungsunfähigkeit“ melden müssen, dass gilt auch für das BBK, wo man wie bei der Polizei des Bundes laufende Betriebskosten längst aus Investitionshaushalten deckt.

Ein Beispiel ist der BOS-Digitalfunk, den



Das Labor 5000 soll in Krisenfällen bis zu 5.000 Menschen betreuen und ein Pfeiffer im Bevölkerungsschutz werden. Von den zehn geplanten Modulen ist bisher erst ein Modul durchfinanziert.

Foto: BS/DRK, Philipp Köhler

Polizei, aber auch der gesamte Katastrophenschutz und die Rettungsdienste nutzen. Der Weiterbetrieb ist gefährdet, wenn nicht mehr Geld fließt. Die Netze des Bundes (NdB), ebenfalls bei der BDBOS ressortiert, sind bisher finanziell für ihren Weiterbetrieb nicht unterfüttert. Daher drohte das BMI an, ab sofort Rechnungen an andere Ressorts für die Nutzung der Netze zu schicken, wenn nicht dem Haushaltsplan 06 hierfür aus dem allgemeinen Haushalt Geld zur Verfügung gestellt würde. Das Entsetzen bei den anderen Ressorts war groß und half.

Keine Zeitenwende im Katastrophenschutz

Wenn mit der knappen Milliarde die Betriebs- und Einsatzfähigkeit der Organisationen und Behörden gerade gesichert werden kann, so bleibt doch völlig offen, wo das Geld für die Zeitenwende herkommen soll bzw. wie eine Folgerregierung das auftreiben kann. Allein der Einzelplan 14 (Verteidigung) soll bis 2028 auf 80 Milliarden anwachsen.

Gefolgt notwendigerweise von den Mitteln für die Zivile Verteidigung. Warnung der Bevölkerung, Bevorratung von Lebensmitteln, Wasser und Sanitätsmaterial, Unterstützung für die Bundeswehr bei Transport und Logistik, Sicherung der Regierungsfähigkeit, also Ausweichsitze und vertrauliche Kommunikation usw. mindestens zehn Milliarden auf zehn Jahre ist die Forderung der Länder-Experten. THW-Präsidentin Sabine Lackner fordert 3,50 Euro pro Bürger und Jahr, die THW-Helfervereinigung fordert zwei Prozenten von zwei Prozenten und das Deutsche Rote Kreuz, hier Generalsekretär Christian Reuter, schlägt 0,5 Prozent des Bundehaushalts für Katastrophen- und den damit eng verwobenen Zivilschutz vor, also zwei Milliarden pro Jahr.

Die Zeitenwende scheint derzeit einen Bogen um den Katastrophen- und Zivilschutz zu machen, aber nicht um die Bundespolizei, die im Operationsplan Deutschland der Bundeswehr ebenfalls zur Unterstützung des Militärs Rollen übernehmen soll.

DLRGler wird ILS-E-Präsident

(BS) Der Vizepräsident der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Dr. Dirk Bissinger, wird Präsident der International Lifesaving Federation of Europe (ILS-E). Bissinger wurde auf der ILS-E- Generalversammlung in Bad Nenndorf gewählt. Die ILS-E ist für die europäische Region der International Lifesaving Federation (ILS), dem Weltverband der Wasserrettungsorganisationen, zuständig.

Sein Vorgänger war Dr. Detlev Mohr, ebenfalls ein ehemaliger DLRG-Vizepräsident. Mohr trat nicht erneuert an. Er war seit 2012 in dem Amt. Bissinger war schon von 2001 bis 2008 ILS-E- Generalsekretär. Für seine Amtszeit hat sich der 55-jährige Hesse vorgenommen, den Austausch zwischen den Mitgliedsverbänden zu fördern und vorhandene Ressourcen besser zu nutzen, die Öffentlichkeitsarbeit auszubauen und den Einsatz neuer Technologien, wie zum Beispiel Drohnen und Künstliche Intelligenz (KI), zu etablieren. Der stellvertretende Leiter Ausbildung der DLRG, Dr. Christoph Freudenhammer, ist der neue Generalsekretär. Die ILS-E ist



Dr. Dirk Bissinger (l.) ist Präsident und Dr. Christoph Freudenhammer ist neuer Generalsekretär der ILS-E.

Foto: BS/Tanja Larsson/DLRG

die führende Organisation für Wasserrettung und Ertrinkungsprävention in Europa. Gegründet mit dem Ziel, Leben zu retten, fördert die ILS-E die Zusammenarbeit und

den Wissensaustausch zwischen ihren Mitgliedern, um die Sicherheit in und am Wasser zu erhöhen. Der Verband besteht aus über 50 Verbänden aus 39 Nationen.

Malteser Hilfsdienst wählt neues Präsidium

(BS) Die Bundesversammlung des Malteser Hilfsdienstes (MHD) hat ein neues Präsidium gewählt. Die 185 Delegierten bestätigten Georg Khevenhüller als Präsident des MHD und wählten Clementine Perlitt zur neuen Generaloberin. Alexandra Bonde und Albrecht Prinz von Croÿ wurden zu Vizepräsidenten gewählt.

Khevenhüller ist bereits seit sechs Jahren Präsident des MHD und wurde mit großer Mehrheit für weitere vier Jahre bestätigt. Perlitt folgt Daisy Gräfin von Bernstorff, die zwölf Jahre mit an der Spitze der katholischen Hilfsorganisation gestanden hatte. Mit ihr zog sich auch der langjährige Finanzkurator Peter Deselaers aus dem Präsidium zurück. Das Amt wird nun von Dominicus Freiherr von und zu Mentzingen ausgeübt.

„Wir werden gebraucht, um die Einsatzfähigkeit im Katastrophen- und Zivilschutz zu stärken, Hilfe gegen Einsamkeit und



Präsident Georg Khevenhüller (hintere Reihe, 2. v.re.), Vizepräsidentinnen Clementine Perlitt (vordere Reihe, Mitte) und Alexandra Bonde (2. Reihe Mitte) sowie Vizepräsident Albrecht Prinz von Croÿ (2. Reihe, 3. v. re.) mit den weiteren gewählten Mitgliedern des Präsidiums.

Foto: BS/V. Hielscher

Isolation zu leisten, geflüchtete Menschen zu betreuen, kranken Menschen in ihrer letzten Lebensphase beizustehen. Mit fast 100.000 ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitenden in allen Malteser Aktivitäten

in Deutschland achten wir darauf, dass wir die konkrete Not vor unserer Haustür wahrnehmen und flexibel darauf reagieren“, erklärte der neue und alte MHD-Präsident Khevenhüller.

Anhebung der Altersgrenze abgelehnt



Wer löscht morgen? Die Altersgrenze für den Pensionseintritt von verbeamteten Feuerwehrkräften wurde in NRW angehoben.

Foto: BS/Benedict Rottmann, pixabay.com

(BS) Der Konflikt schwelte schon länger. Nach Plänen des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul (CDU), sollten das Pensionseintrittsalter von Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes der Kommunen und des Landes auf 62 Jahre angehoben werden. Durch einen Änderungsantrag der Landtagsfraktionen von CDU und Grünen müssen Betroffene aller Laufbahngruppen, nach Ende einer Übergangsfrist, künftig bis zum vollendeten 61. Lebensjahr arbeiten. Damit müssen Beamtinnen und Beamte des feuerwehrtechnischen Dienstes der Kommunen ein Jahr länger arbeiten.

„Wir begrüßen, dass die Fraktionen von CDU und Grünen den Plan des Innenministers aufgegeben haben, bei der Altersgrenze nach Laufbahngruppen zu differenzieren; sind aber zeitgleich enttäuscht, dass die Fraktionen nicht bereit waren,

langjährige belastende Einsätze und die daraus resultierenden gesundheitlichen Einschränkungen von Berufsfeuerwehrlern zu berücksichtigen. Deshalb lehnen wir die mit dem vorliegenden Änderungsantrag geplante Anhebung der Altersgrenze für Feuerwehrleute auf 61 Jahre weiterhin ab“, erklärte Andrea Becker, Landesfachbereichsleiterin ver.di NRW. ver.di NRW hatte sich bis zuletzt dafür eingesetzt, die Altersgrenze von 60 Jahren zu halten. So legte die Gewerkschaft dem Innenausschuss zuletzt in einer Sachverständigenanhörung Gesundheitsdaten vor, dass Krankenquoten und Krankheitszeiten ab 55 Jahren deutlich zunehmen. „Es ist nicht davon auszugehen, dass Feuerwehrleute bei einer Anhebung der Altersgrenze länger zur Verfügung stehen. Vielmehr verschärft eine Anhebung die Personalsituation, da Stellen nicht zur Wiederbesetzung frei werden“, so Becker.

BDBOS: Gegenfurtner im Ruhestand

(BS) Andreas Gegenfurtner ist als Präsident der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) in den Ruhestand getreten.

Gegenfurtner war seit der Gründung der BDBOS im Jahr 2007 bei der Bundesanstalt tätig, zunächst im Amt des Vizepräsidenten. 2016 wurde er Präsident der BDBOS. 2021 wurde er nochmals in dem Amt bestätigt. Bis eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger gefunden wird, übernimmt der derzeitige Vizepräsident Frank Buddrus die Geschäf-



Hatte die Geschicke der BDBOS seit 2016 geführt: Andreas Gegenfurtner.

Foto: BS/BDBOS Ramazani

JUH: Lüssem geht

(BS) Jörg Lüssem ist nicht mehr Mitglied des Bundesvorstandes der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH). Er wurde mit Wirkung zum 6. Juli 2024 durch den Herrenmeister des Johanniterordens, Dr. Oskar Prinz v. Preußen, abberufen. Lüssem war seit rund 35 Jahren für die Johanniter tätig. Von 2007 bis 2014 war er Mitglied des Landesvorstandes Berlin/Brandenburg, seit 2009 zugleich Mitglied des Landesvorstandes Sachsen-Anhalt/Thüringen. Die Position als hauptamtliches Mitglied des Bundesvorstandes hatte er seit August 2014 inne. Volker Besch, Präsident der JUH, dankte Lüssem für sein Wirken und sagte: „Jörg Lüssem hat die Organisation maßgeblich mitgeprägt und hat großen Anteil daran, dass die Johanniter-Unfall-Hilfe für die Herausforderungen der Zukunft gut aufgestellt ist.“



Jörg Lüssem hat die Johanniter verlassen.

Foto: BS/JUH

te der BDBOS. „Viele von uns haben mit ihm engagiert diskutiert und gemeinsam mit Leidenschaft nach den besten Lösungen für unsere Vorhaben gesucht. Er hat Bund und Länder oft erfolgreich zu einem verständlichen Kompromiss geführt und intern durch seine kollegiale und diplomatische Art großen Rückhalt erfahren. Das Wichtigste aber: Mit ihm an der Spitze haben wir für Deutschland viel erreicht und die zentrale Bedeutung der BDBOS für die Innere Sicherheit weit über den politischen Raum hinaus sichtbar gemacht“, erklärte Buddrus.

EM 2024: THW hilft vielfältig

(BS) Das Technische Hilfswerk (THW) unterstützt auch abseits von Katastrophen. Seit Beginn der Fußball-EM der Männer waren bislang rund 12.000 haupt- und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer des THW im Einsatz. Die Aufgabenfelder sind vielfältig.

Die THW-Kräfte stellen u. a. Logistik, Verpflegung und Stromversorgung bereit. Darüber hinaus errichten sie im Rahmen der derzeit laufenden Grenzkontrollen an mobilen Grenzübergängen Container und Zelte, stellen die Stromversorgung sicher oder leuchten Kontrollstellen aus. Nicht zuletzt betreiben die THW-Kräfte Bereitstellungsräume für Feuerwehr, Bundespolizei und Sanitätsorganisationen.

THW-Präsidentin Sabine Lackner erklärte: „Wir hatten bislang täglich bis zu 800 Hel-

ferinnen und Helfer im Einsatz. Ihnen, aber auch ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, die sie für diese wichtige Aufgabe freistellen, gilt mein Dank. Insbesondere, da wir aus einer sehr einsatzreichen Zeit kommen. Die EM sei nach dem Weihnachtshochwasser 2023 und den Unwettereinsätzen nach Tief Katinka sowie Tief Orinoco der vierte Großeinsatz in diesem Jahr. „Damit hatten wir seit Jahresbeginn in diesen vier Einsätzen zusammen etwa 24.000 Helferinnen und Helfer über Tage und Wochen im Einsatz“, so Lackner weiter.



Für einen reibungslosen Ablauf der EM 2024 sorgt u. a. auch das THW.

Foto: BS/THW, Nicole Endres

Feuerwehr München nutzt KI

(BS) Gedränge beim Zugang zum Fanfest, Unwetter beim Public Viewing oder Überlastung im Nahverkehr nach Spielende: Das alles möchte die Feuerwehr München an Spieltagen der UEFA EURO 2024 künftig früher erkennen.

Dafür testet sie eine neue Softwarelösung, die digitale Informationen analysiert. Grundlage ist die Beobachtung öffentlicher Informationen aus sozialen Medien. Digitalminister Dr. Fabian Mehring (Freie Wähler) hat das Pilotprojekt des Virtual Operations Support Team (VOST) der Feuerwehr München besucht. Bei Großereignissen kämen

die ersten Meldungen oft über Social Media. Die Software fungiert als Digital-Radarsystem, das Gefahrenlagen frühzeitig erkennt und alarmiert, was den Rettungskräften einen Informations- und Zeitvorsprung verschafft. Die Software-Plattform „INspectre - Crowd Information Plattform“ der Munich Innovation Labs GmbH (MIL) wurde mit dem Cyber Innovation Hub der Bundeswehr (CIHBw) für Auslandseinsätze entwickelt. Sie nutzt öffentlich verfügbare Daten aus Social Media und wertet diese anhand bestimmter Keywords oder Ortsmarken aus. Eine Bild-zu-Text-Erkennung mittels Künstlicher Intelligenz ermöglicht eine

gezielte Analyse von Bildmaterial, wobei personenbezogene Daten geschützt werden. Wolfgang Schäuble, Leiter der Branddirektion, betonte die Notwendigkeit, sich den Herausforderungen der digitalen Welt zu stellen. Die neue Software verbessere die Informationsgewinnung und erkenne Gefahrenherde schneller, was bei Großveranstaltungen wertvolle Unterstützung biete.

Mehring prüft, ob die Software auch in der Bayern-Allianz gegen Desinformation genutzt werden kann. Sie könnte Hinweise auf sich rasch verbreitende Falschinformationen geben und sei entscheidend für die Sicherheit im demokratischen Diskurs.



Die Feuerwehr München testet eine neue Softwarelösung, die Informationen aus dem Netz analysiert.

Foto: BS/Biskup-Klawon

Jeden Dienstag neu
Behördenwissen zum Reinhören

- Aktuelles zum Öffentlichen Dienst
- Interviews mit Studiogästen
- Kommentar zur Lage des Öffentlichen Dienstes
- Relevante und fundierte Hintergrundanalysen

behoerden-spiegel.de/podcast

Der Podcast des
Behörden Spiegel

PUBLIC SECTOR
INSIDER

WEB-KONFERENZ

DIGITALER KATASTROPHENSCHUTZKONGRESS 2024

10.–11. September

Lernen in und aus der Dauerlage

AUS UNSEREM PROGRAMM

10. September, 14:05 Uhr

DEBATTE:

Katastrophendemenz in der deutschen Politik?

u.a. mit:

- » **Albrecht Broemme**, THW-Präsident a. D.
- » **Prof. Dr.-Ing. Frank Fiedrich**, Fachgebietsleiter, Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit, Universität Wuppertal
- » **Leon Eckert**, Mitglied des Deutschen Bundestages
- » **Cornelia Weigand**, Landrätin, Kreis Ahrweiler

www.katastrophenschutzkongress.de

Behörden Spiegel

Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Scarlett Lüsser, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Marlies Voßebrecker, Anne Mareile Walter. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerden Spiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.